

Chinesen haben die Entwicklungsländer aber immer wieder aufgefordert, ihre Entwicklung selbst in die Hand zu nehmen.

Gewisse Impulse in dieser Richtung gingen auch von Chile aus. Allein schon das mächtige in der Rekordzeit von 13 Monaten gebaute Kongreßgebäude machte bei Vertretern der Entwicklungsländer Eindruck, dann natürlich vor allem die Politik der gegenwärtigen Regierung. Präsident Allende wies in seiner Eröffnungsansprache immer wieder auf die Anstrengungen Chiles hin. Den Befürwortern ausländischer Privatinvestitionen hielt er das Beispiel eines ausländischen Kupferkonzerns entgegen. Diese Gesellschaft habe nach ihrer eigenen Bilanz im Jahre 1968 79% des Gewinns des Gesamtkonzerns in Chile erzielt, während nur 13% der gesamten Investitionen nach Chile gingen. Weiter hätten alle Gesellschaften, die Kupfer abbauten, insgesamt etwa 30 Millionen Dollar in Chile investiert, aber über vier Milliarden Dollar an Gewinnen abgezogen (UNCTAD-Dokument TD/150, S. 9).

Um möglichen Erfolg in Entwicklungsländern zu demonstrieren, wird oft das Beispiel Brasiliens zitiert, das in den letzten vier Jahren eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von beinahe 10% erreichte. Brasilien hat auch gewaltige Fortschritte in bezug auf die Diversifikation seiner Exporte gemacht. Das einstige Kaffeeland erzielte 1971 nur noch 27% seiner Exporterlöse aus dem Kaffeeverkauf, während der Anteil der Industrieprodukte ständig zunimmt (vgl. FAZ, 13. 3. 72). Ebenso wird oft auch Mexiko als Musterland zitiert, das natürlich auch gewaltige Mengen vor allem amerikanischen Privatkapitals erhält. Hier muß aber nochmals auf die Rede McNamaras vor der UNCTAD hingewiesen werden. Er sagte über Brasilien: „... ging der auf die 40% ausmachende ärmste Bevölkerungsschicht entfallende Anteil des Volkseinkommens in den Jahren zwischen 1960 und 1970 von 10% auf 8% zurück. Der Anteil der reichsten (nur 5% der Bevölkerung) stieg dagegen im gleichen Zeitraum von 29% auf 38%. Dem Bruttosozialprodukt nach entwickelte sich das Land gut, ebenso die Klasse der Reichsten. Die 40% der ärmsten Bevölkerung zogen allerdings aus diesem Fortschritt kaum einen Nutzen.“ Ähnlich alarmierende Zahlen nannte er für Indien und Mexiko. Der Weltbankpräsident und frühere amerikanische Verteidigungsminister wollte damit wohl nicht unbedingt, wie „The Guardian“ (19. 5. 72) meinte, den Entwicklungsländern anraten, „mehr sozialistisch zu sein“, aber er legte so die Ungleichgewichte in den Entwicklungsländern selbst

wie ihre teilweise Abhängigkeit von den internationalen Handelsbeziehungen bloß.

### „Ein Jahrzehnt der Explosionen“

Indessen ist das wachsende Selbstbewußtsein der Entwicklungsländer nicht zu leugnen. Die Entwicklung in Chile und Peru hat zudem gezeigt, daß die Regierungen der Industrieländer praktisch keine Sanktionen mehr gegen Verstaatlichungen ihrer Unternehmungen ergreifen. Dies, obwohl die betroffenen oder bedrohten meist multinationalen Konzerne bestimmt versuchen, ihren Einfluß bei den Regierungen geltend zu machen.

Man kann sich fragen, wie sich das erhöhte Selbstbewußtsein der Entwicklungsländer auswirken wird. Werden sie eine Art Gewerkschaft der Armen bilden und fähig sein, geschlossen Druck auf die Industrieländer auszuüben? Dies muß bezweifelt werden. Zwar gibt es das Beispiel der OPEC-Länder (OPEC ist die Vereinigung der Erdöl exportierenden Staaten), denen es gelang, die Konsumentenländer wirksam unter Druck zu setzen. Es handelt sich dabei aber um einen Sonderfall. Einmal ist die Abhängigkeit der Industrieländer von der Energiequelle Erdöl besonders groß. Zum andern sind die Interessen der Erdöl exportierenden Länder sehr leicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, in diesem Falle sogar über politische Gegensätze hinweg. Im Falle der Gesamtheit der Entwicklungsländer dürfte dies praktisch unmöglich sein. Die Interessengegensätze, die ja nur Ausdruck des sehr unterschiedlichen Entwicklungsstandes der einzelnen Länder sind, haben eher die Tendenz, noch größer zu werden. Außerdem werden gerade diese Gegensätze innerhalb der Entwicklungsländer von den Industrieländern immer wieder ausgenützt und zum Teil sogar noch bewußt vergrößert. Dies kann durch Sonderabkommen eines Industrielandes mit nur wenigen Entwicklungsländern geschehen. Es sei hier etwa das USA-Zuckerabkommen zitiert, das zwischen den USA und einigen lateinamerikanischen Zuckerproduzenten besteht. Die kurzsichtige, rein ökonomischen Interessen dienende Politik der Industrieländer hilft also, den Graben zwischen Nord und Süd immer mehr zu vergrößern, die Spannungen immer mehr zu verschärfen. R. Prebisch, der frühere Sekretär der UNCTAD, sagte in Santiago: „Die erste Entwicklungsdekade war ein Jahrzehnt der Frustrationen. Es gibt klare Anzeichen, daß die zweite ein Jahrzehnt der Explosionen wird.“

Peter Keppeler

## Das Interview

### Augsburg ein Jahr danach

Ein Gespräch mit dem ehemaligen Präsidenten des ZdK, Dr. A. Beckel

Dr. Albrecht Beckel, Oberbürgermeister von Münster und CDU-Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) und der Gemeinsamen Synode, war von März 1968 bis März 1972 Präsident des ZdK und in dieser Eigenschaft katholischer

Kopresident der Trägerkommission für die Vorbereitung und Durchführung des Augsburger Pfingsttreffens 1971. Bei seiner Verabschiedung als Präsident des ZdK brachte Dr. Beckel in sehr pointierter Form sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß Augsburg bisher keine adäquate Fortsetzung gefunden hat. Er richtete bei dieser Gelegenheit

*auch ein kritisches Wort an die Deutsche Bischofskonferenz. Aus Anlaß des ersten Jahrestages des Augsburger Treffens führten wir mit Dr. Beckel folgendes Gespräch:*

*HK:* Genau vor einem Jahr, Herr Dr. Beckel, fand in Augsburg das Ökumenische Pfingsttreffen statt. Bei allen Vorbehalten und trotz mancher Zeichen des Übereifers, die das Augsburger Treffen begleiteten, wurde es als ein mutiges Wagnis und als ein Einschnitt in den Beziehungen zwischen den Christen in den Kirchen der Bundesrepublik gewertet. Es wurden kräftige Impulse für das Miteinander der Kirchen erwartet. Nach einem Jahr hört es sich aber anders an. Katholische und evangelische Christen werden nicht nur wieder ihre getrennten Kirchentage abhalten; in den Medien, selbst in den Wochenzeitungen katholischer und evangelischer Provenienz, scheint sich mit Ausnahme des protestantischen „Sonntagsblattes“ niemand mehr des Treffens erinnert zu haben. Muß man daraus schließen, daß Augsburg vergessen ist?

*Beckel:* Man wird nüchtern zugeben, daß von Augsburg keine kontinuierliche Weiterentwicklung ausgegangen ist. Die Gründe dafür sind verschiedene: Einmal war das Experiment so neuartig und hat so umfangreiche Vorbereitungen erfordert, daß man nicht in der gleichen Arbeitsweise nach Augsburg fortfahren konnte. Zum anderen hatten sich beide Träger, der Deutsche Evangelische Kirchentag und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken vorher darauf geeinigt, die Vorbereitung durch eine ad-hoc-Kommission vornehmen zu lassen, zu deren Auftrag es auch gehörte, nach Augsburg wieder auseinanderzugehen. Das Bedauerlichste und vielleicht in der Sache am meisten zu Kritisierende ist aber, daß die Schlußanregungen der gemischten Kommissionen nicht aufgegriffen worden sind.

*HK:* Welche Anregungen meinen Sie damit? In der Öffentlichkeit ist darüber wenig bekannt.

*Beckel:* Es waren im wesentlichen zwei: Einmal wurden die beiden Kirchenleitungen gebeten, eine empirische Bestandsaufnahme von ökumenischen Kreisen auf den verschiedenen Ebenen zu erstellen, um den Überblick über das neue Potential der ökumenischen Bewegung zu gewinnen. Zum anderen wurde angeregt, Treffen nach dem Muster von Augsburg auf regionaler und lokaler Ebene durchzuführen. Es sah, als die Kommission auseinanderging, so aus, als ob solche regionalen Treffen bald nachfolgen würden. Es sind aber bisher keine Ansätze zu einer praktischen Realisierung dieses Vorschlages sichtbar geworden.

*HK:* Wenn wir uns richtig erinnern, wurde wenigstens das zweite Projekt, die Fortführung von Augsburg durch regionale Treffen, nicht nur von der Ad-hoc-Kommission empfohlen, sondern war bereits in Augsburg selbst aufgegriffen worden. Haben nun die Trägerorganisationen auf katholischer Seite oder das ZdK selbst etwas unternommen, um die beiden Projekte, empirische Bestandsaufnahme und regionale Treffen, weiterzuverfolgen?

*Beckel:* Leider nicht. Dies liegt, so glaube ich, in erster Linie allerdings daran, daß wir jedenfalls auf der katholischen Seite andere Formen der ökumenischen Annäherung praktiziert sehen. Auf der örtlichen Ebene der Pfarrgemeinden und der Dekanate wird durch die Rätestrukturen der katholischen Kirche mehr oder weniger systematisch eine stufenweise Zusammenarbeit mit den offiziellen Gemeindeinstanzen der evangelischen Kirche gesucht. Dies vollzieht sich natürlich nicht einheitlich, son-

dern ist nach dem Tempo und in der Weise, wie es geschieht, von Ort zu Ort und von Landschaft zu Landschaft sehr verschieden. Doch das Muster von Augsburg ist auf Ortsebene nicht aufgegriffen worden. Der Träger — ich kann hier nur vom katholischen Träger sprechen — hat seinerseits in dem letzten Jahr sehr viele andere massiv drängende Aufgaben zu bewältigen gehabt, und dies war sicher auch ein Grund, warum er keine Sorge auf eine Multiplizierung von Augsburg auf regionaler Ebene verwandt hat.

*HK:* Auf dem Augsburger Treffen wurde eine Vielzahl von Resolutionen verabschiedet. Es waren an die 150, wenn man die Resolutionen einzelner Arbeitsgruppen, die nicht im Plenum der Arbeitskreise verabschiedet wurden, hinzuzählt. Was ist aus diesen Papieren, die zur Weiterleitung an verschiedene Adressaten: an die Bischofskonferenz, an den Rat der EKD, an das Zentralkomitee, an den Evangelischen Kirchentag, bestimmt waren, inzwischen geworden?

*Beckel:* Das ist eine sehr häufig gestellte Frage. Es ist ganz selbstverständlich, daß Resolutionen, die einen bestimmten Adressaten hatten, an diesen weitergeleitet wurden. Auch dort, wo der Adressat nicht genannt oder erkennbar war, ist eine entsprechende Weiterleitung erfolgt. Alle Resolutionen sind in dem großen Berichtsband von Augsburg der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Ich glaube aber, daß man die Bedeutung von Resolutionen bei solchen Treffen wie in Augsburg im allgemeinen überschätzt. Sie kommen häufig in der Hektik und auch in der Begeisterung eines spontanen Erkenntnisprozesses zustande. Bei nüchterner Betrachtung aus Abstand stellt sich dann häufig heraus, daß das in den Resolutionen Gesagte und Gewollte an anderer Stelle oft gründlicher überdacht und formuliert worden ist. Resolutionen stellen sich als eine spontane Meinungsäußerung konkret zusammenarbeitender Menschen dar.

*HK:* Wir möchten das Ergebnis spontaner Meinungsäußerungen keineswegs überschätzen. Aber sie sind das, was an einer Initialzündung, als die Augsburg gedacht war, greifbar bleibt. Man kann sie unkritisch weitergeben oder sie samt und sonders in den Papierkörben verschwinden lassen. Man kann aber auch prüfen, was tragbar ist. Hat es in Augsburg an Tragbarem gefehlt? Unter den vielen Resolutionen mit dem unterschiedlichsten gedanklichen und sachlichen Gewicht waren doch eine ganze Reihe überlegenswerter Voten, beispielsweise die Forderung nach der Errichtung lokaler Christenräte. Sind inzwischen von den Trägervereinen konkrete Schritte in diese Richtung unternommen worden? Gibt es Pläne . . .

*Beckel:* Die Antwort ist ganz eindeutig nein. Das hängt aber nicht damit zusammen, daß das Zentralkomitee der deutschen Katholiken an diesem Thema nicht arbeiten wollte oder es nicht für wichtig genug gehalten hat. Es liegt vielmehr daran, daß die Zeit nach Augsburg gleichzeitig die Zeit des Beginns der Gemeinsamen Synode der Bistümer der BRD war und die Frage der strukturellen Repräsentanz der Kirche auf die Synode übergegangen ist. Wie Sie wissen, bearbeitete die Gemeinsame Synode in mehreren Kommissionen Fragen der innerkirchlichen Selbstrepräsentation; damit ist notwendigerweise die Frage von Christenräten über die eigene Kirche hinaus eingeschlossen. Ich glaube, daß man sagen kann, daß auch örtliche Überlegungen an verschiedener Stelle sichtbar sind, pragmatisch vom einzelnen Ort her zu solchen Christen-

räten zu kommen. Diese Bestrebungen befinden sich aber noch in einer frühen Entwicklungsphase. Man wird zu einem Gutteil auch abwarten müssen, daß die Gemeinsame Synode die Frage der Laienräte, wenn man sie so nennen darf, zunächst einmal grundsätzlich in Hinsicht auf ein bestimmtes Grundkonzept neu durchdenkt und ordnet.

*HK:* Einer der hauptsächlichen Adressaten von Augsburg war die katholische Bischofskonferenz. Das gilt besonders für die Voten, die sich auf den innerkirchlichen Bereich beziehen, auf die Errichtung von Christenräten, auf den Ausbau und die Aufwertung ökumenischer Gottesdienste (Sonntagsgottesdienst und Gottesdienste für Mischehenpaare) oder, um ein heißeres Thema zu nennen, auf die Interkommunion oder die Zulassung zur offenen Kommunion. Nun haben viele den Eindruck, den Bischöfen sei nicht nur Augsburg besonders nach dem Evangelischen Kirchentag in Stuttgart 1969 nicht recht geheuer gewesen, sondern sie wollten auch die Wirkungen der Augsburger Diskussionen möglichst niedrig halten . . .

*Beckel:* Die Deutsche Bischofskonferenz hat dem Unternehmen von Augsburg während der ganzen Vorbereitung des Treffens und auch nach dem Treffen immer mit einer deutlichen Skepsis gegenübergestanden. Diese Skepsis begründet sich für mich in der Auffassung, daß hier zwei Träger, die nicht Kirchenamt vertreten, in ein Feld eingedrungen sind, das nach Auffassung der Bischofskonferenz mehr dem kirchlichen Zueinander zwischen beiden Kirchen zugeordnet ist. Wir im Zentralkomitee haben immer den Kontakt mit der Bischofskonferenz gesucht. Wir haben aber gleichzeitig immer Wert darauf gelegt, daß die Veranstaltung von Augsburg in der Verantwortung der beiden nicht kirchenamtlichen Träger stand. — Was die einzelnen Sachfragen angeht, die auf Vorschläge von Augsburg zurückgehen, wird man sagen dürfen, daß sie zur Zeit alle in der Gemeinsamen Synode der deutschen Bistümer bearbeitet werden. Von daher muß man wohl auch ein Verständnis dafür haben, daß die Deutsche Bischofskonferenz sich zur Zeit in Fragen zurückhält, die in der Gemeinsamen Synode in Arbeit sind. Schließlich sind ja alle Mitglieder der Deutschen Bischofskonferenz zugleich auch Mitglieder der Gemeinsamen Synode der Bistümer und arbeiten an der Klärung der von Ihnen genannten Fragen auf den verschiedenen Ebenen der Synode mit.

*HK:* Sie erwähnen gerade die Synode. Wir vermögen Ihren Optimismus in diesem Punkte nicht ganz zu teilen. Einige Themen, z. B. das der Interkommunion, stehen dort zwar an. Die Synode zeigt aber bisher nicht nur wenig ökumenische Impulse, es fehlt auch weitgehend an der Öffnung ihrer Beratungen für Sachverständige aus dem evangelischen Bereich. Anlässlich der ersten Arbeitssitzung wurde dies auch von prominenten evangelischen Beobachtern mit einigem Bedauern vermerkt. Die Arbeitsgruppe „Ökumene“ der Kommission X hat zwar einzelne evangelische Sachverständige hinzugezogen, die Kommission II mit den ökumenisch brisanten Themen Taufe, Buße, Gottesdienst aber nicht. Ebenso fehlt bei Kommission VII bei der Behandlung der Ämterfrage nicht nur der evangelische Partner, sondern ein Stück weit der ökumenische Sachverstand. Diese übermäßige Behutsamkeit bei der Heranziehung der Beobachter oder anderer ökumenischer Sachverständiger aus der evangeli-

schen Kirche fällt so kurze Zeit nach dem Pfingsttreffen besonders auf und führt zu Zweifeln darüber, ob die Synode, ihre Leitungsinstanzen und die Bischofskonferenz sich genügend ökumenisch öffnen.

*Beckel:* Die Synode befindet sich immer noch im Prozeß der Selbstfindung und wird ihre eigentliche Feuertaufe erst bei den zweiten Lesungen zu bestehen haben, die in der nächsten Sitzungsperiode anfallen. Dann wird auch der ökumenische Bezug einzelner Sachvorlagen besonders deutlich werden. Ich hoffe, daß die Kommissionen bei den Vorbereitungen Sachverständige aus dem nichtkatholischen Bereich rechtzeitig heranziehen. — Die Zuständigkeit für ökumenische Fragen ist vielleicht nicht gerade äußerst günstig in einer Kommission angesiedelt, die gleichzeitig internationale Aspekte bearbeitet.

*HK:* Herr Dr. Beckel, Sie richteten in Ihrem Abschiedswort als Präsident des Zentralkomitees im vergangenen März unter Nennung von Augsburg die „herzliche Bitte“ an die Deutsche Bischofskonferenz, „die Übernahme der Verantwortung für ökumenische Arbeit nicht als eine Verantwortung für die Erhaltung des Status quo allein mißzuverstehen“. Hatten Sie dabei nur Augsburg im Blick, oder hatte Ihr damaliger, ungewohnt freimütiger Appell einen konkreteren und zugleich größeren Hintergrund?

*Beckel:* Ich stand bei meinem Abschlußwort als vormaliger Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken unter einem sehr unmittelbaren Eindruck. Wenige Tage vorher hatte die von der gemischten Kommission des gemeinsamen Pfingsttreffens erbetene Aussprache mit Vertretern der Deutschen Bischofskonferenz und mit den Vertretern des Rates der EKD in Stein bei Nürnberg stattgefunden. Dieses Gespräch endete ohne praktische Ergebnisse, wenn man von dem Grundsatzgesichtspunkt absieht, daß die Kirchenführer auf beiden Seiten die gemeinsame Verantwortung für die Fortführung der ökumenischen Arbeit im Geiste von Augsburg übernehmen wollten. Nun weiß man aus Erfahrung, welche Zahl von drängenden Sorgen Bischöfe in beiden Kirchen zu bearbeiten und zu durchdenken haben. Und daraus ergab sich für mich der Eindruck, daß Augsburg in die Arbeit der Bischöfe auf beiden Seiten vereinnahmt werden könnte, ohne daß die Erfahrungen ausgebaut und zu konkreten Ergebnissen systematisch weitergeführt werden.

*HK:* In Ihrer damaligen Rede klang aber nicht nur die Sorge durch, die ökumenischen Anliegen von Augsburg könnten unter der Papierlast bischöflicher Schreibtische unbemerkt untergehen. Sie sprachen u. a. auch von bischöflicher Kritik an Augsburg, „die in die kirchennahe Presse eingeflossen ist“.

*Beckel:* Es hat Zeitungsartikel von Bischöfen gegeben, die meine Meinung bestätigt haben, daß Mitglieder der Bischofskonferenz das Unternehmen Augsburg mit großer Skepsis betrachtet haben. Auf diese publizierte Kritik sollte meine Rede in Bad Godesberg auch ein Stück Antwort sein.

*HK:* Sie haben vor dem Zentralkomitee an die katholischen Bischöfe appelliert. Vorhin sprachen Sie von Bischöfen in beiden Kirchen. Entstanden im Rückblick auf Augsburg Schwierigkeiten hauptsächlich auf katholischer Seite, oder waren Bremswirkungen auch bei den Evangelischen, bei den Landesbischöfen und beim Rat der EKD, zu spüren?

*Beckel:* Es hat von dem gemeinsamen Gespräch der gemischten Kommission mit Vertretern der Bischofskonferenz und des Rates der EKD kein formuliertes Ergebnis, ein Communiqué oder ähnliches, gegeben. Insofern bleibt das, was in der Konferenz gesagt worden ist, immer etwas unter dem Gesetz des Zufälligen, das man in seinem Trend nicht überbewerten darf. Ich glaube, daß man sagen kann, daß die katholischen Bischöfe in dieser Konferenz mehr auf der Ebene der Theologie und die evangelischen Bischöfe mehr auf der Ebene der praktischen Zusammenarbeit argumentiert haben.

*HK:* Bestätigt diese Feststellung einen gängigen Eindruck, daß nämlich bei den Katholiken, vorab bei der Hierarchie, wenn es zum Schwur kommt, die grundsätzlichen, sagen wir theologisch-dogmatischen Bedenken im Vordergrund stehen, während bei den evangelischen Partnern die Frage nach dem Maß und dem Sinn praktischer Annäherung ausschlaggebend ist? Oder sind auch in der evangelischen Kirche die theologischen Bedenken, wenigstens bei einem Teil der Kirchenleitungen und des Kirchenvolkes eher gewachsen?

*Beckel:* Mein Eindruck geht dahin, daß der Verlauf des Gesprächs in Stein nicht unbedingt typisch für die Gesamtsituation ist. Es gibt sicher auch auf evangelischer Seite theologische Bedenken und auf katholischer Seite auch kräftige praktische Impulse auf Zusammenarbeit hin.

*HK:* Gibt es außer vernehmbarem bischöflichem Zaudern noch andere Barrieren im deutschen Katholizismus? Über welche Mittel verfügt beispielsweise das ZdK, um auf Bundesebene ökumenisch stärker aktiv zu werden? Unter seinen zahlreichen Beiräten und Arbeitskreisen gibt es zwar einen Arbeitskreis für innerkirchliche Fragen, aber keinen für ökumenische Belange. Ist die ökumenische Fragestellung in den Organisationen und Gremien, die den Katholizismus insgesamt verkörpern, zureichend präsent? Und über welche Transmissionsriemen zu den Diözesen und Gemeinden verfügt das Zentralkomitee? Sie haben auf den gegenwärtigen Entwicklungsstand der Räte verwiesen. Aber fehlen da nicht die Bindeglieder zwischen oben und unten?

*Beckel:* Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat sicher die Frage der ökumenischen Zusammenarbeit als ein drängendes Problem präsent. Es hat aber bisher nicht die Strukturen entwickelt, um dieser Frage regelmäßig nachgehen zu können. Das liegt auch zu einem großen Teil daran, daß heute, wie ich meine, ein katholischer Träger nicht mehr einseitig eine ökumenische Kommission bilden kann. Es müßte das, um wirklich eine ökumenische Kommission zu sein, ein Kreis der Zusammenarbeit zwischen den Kirchen sein. Die gemischte Kommission, die Augsburg vorbereitet hat, war ein Anfang ad hoc. Es wird auf Dauer zu einem Beratungsgremium kommen müssen, das in einem dauernden Gespräch miteinander die Frage einer ökumenischen Gemeinsamkeit prüft, erörtert und dazu Impulse gibt. Das Zentralkomitee kann im gesamten nur Impulse geben. Die Transmissionsriemen, von denen Sie gesprochen haben, sind außer formulierten Empfehlungen die Verklammerungen mit den Diözesanräten und über diese mit den örtlichen Gemeinderäten. Diese Transmissionsriemen arbeiten mittelbar und nicht sehr direkt.

*HK:* Man hat aber nicht nur den Eindruck, daß Kom-

munikationslücken zwischen den Spitzengremien und den örtlichen Aktivitäten bestehen. Es mangelt auch am Zusammenspiel zwischen spontan entstandenen ökumenischen Gruppen und Arbeitskreisen am Ort und der neu entstandenen kirchlichen Rätestruktur . . .

*Beckel:* Der Mangel, den Sie feststellten, ist nicht zu leugnen. Wir haben einfach noch keine Strukturen, die sich durchgesetzt haben, um die ökumenische Arbeit zu verfolgen, anzuregen und institutionell zu stärken.

*HK:* Das mag sein. Es ist vorläufig vielleicht auch nicht zu ändern. Sie sagten ja vorhin, daß man erst abwarten müsse, wie die Gemeinsame Synode das katholische Räte-system regelt, ehe ökumenische Rätestrukturen aufgebaut werden können. Aber wir befinden uns in einer ökumenisch kritischen Phase. Viele warnen vor einer Auseinanderentwicklung zwischen institutionalisierter und spontaner Ökumene. Hätte da erstens ein Gremium wie das ZdK nicht eine natürliche Vermittlerfunktion zwischen dem amtskirchlichen Bereich und den kooperierenden ökumenischen Gruppen? Sind aber zweitens die das ZdK tragenden Pfeiler, die Verbände und die diözesanen Laienräte, in der Lage, diese Funktion auszufüllen? Sind drittens gerade die Verbände, auch auf Grund ihrer Herkunft aus dem Emanzipationskatholizismus des 19. Jahrhunderts, der sich erst einmal in einer weitgehend protestantisch geprägten politischen und kulturellen Umwelt durchzusetzen hatte, auf christliche Gemeinsamkeit trainiert?

*Beckel:* Eine solche natürliche Vermittlerrolle würde dem Zentralkomitee gut anstehen. Die diözesanen Laienräte sind aber dazu immer noch zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Die Verbände bemühen sich um ökumenische Kontakte und Zusammenarbeit, soweit es auf der evangelischen Seite entsprechende Partner gibt. Sicher haben es die Räte leichter, Aktivität zu entwickeln, weil sie nach Aufgaben suchen.

*HK:* Wie sehen andererseits die ökumenischen Stützstrukturen in der nicht amtlich verfaßten Kirche beim evangelischen Partner aus? Evangelischerseits — sie deuten es eben an — ist vieles anders, auch weniger organisiert. Es fehlt so etwas wie ein organisiertes Laientum, wenn man das Präsidium des Kirchentages als Mitträger von Augsburg nicht einfach in Parallele zum Zentralkomitee setzen will. Dafür gibt es Arbeitsausschüsse, Kammern und Kommissionen bei der EKD und bei den Landeskirchen. Aber fehlt es nicht auch dort an den Transmissionsriemen?

*Beckel:* Es ist für mich natürlich schwer, etwas über die Strukturen auf der evangelischen Seite zu sagen. Ich glaube, daß wir auf beiden Seiten uns noch im gleichen Stadium der Unsicherheit in bezug auf die Formen der Zusammenarbeit befinden. Was mir wirklich am Herzen liegt, ist eine Bestandsaufnahme dessen, was abseits der offiziell sichtbaren Strukturen an ökumenischen Bewegungen und Kreisen tatsächlich existiert und welches Potential da zur Verfügung steht. Darum haben wir die eingangs schon erwähnte Bestandsaufnahme empfohlen, die bisher nicht in Angriff genommen worden ist.

*HK:* Verstehen Sie diese Bestandsaufnahme in erster Linie als Auswertung des vorhandenen Gruppenpotentials, also primär organisatorisch, oder auch als Rechenschaft über das den Kirchen heute gemeinsam Mögliche?

*Beckel:* Selbstverständlich beides.

*HK:* Gibt es in dieser Beziehung katholische Desiderate an den evangelischen Partner?

*Beckel:* Ein solches Desiderat ist der Wunsch, bei allem Verständnis für ein evangelisches Kirchenverständnis Rücksicht zu nehmen auf das noch andere Kirchenverständnis der katholischen Kirche. Die allgemeine christliche Kirche evangelischen Verständnisses geht häufig unbekümmerter an die Gemeinsamkeit der christlichen Gemeinde heran und stößt dabei auf ein noch umzirkeltes Kirchenverständnis der katholischen Kirche. Wir müssen da füreinander Verständnis haben und dürfen die Schritte der Kooperation wohl in der näheren Zukunft nur gemeinsam gehen, wenn wir Rückschläge vermeiden wollen. Es gibt weiterhin das Desiderat an die evangelische Seite, nicht einfach den sich jeweils zur Zusammenarbeit gerade anbietenden Partner als repräsentativ für die katholische Kirche zu empfinden, sondern nüchtern zuzusehen, welches die Entwicklung der katholischen Kirche im gesamten ist, auf Grund des jeweiligen Entwicklungsstandes in der katholischen Kirche im gesamten zu kooperieren und nicht den sich am einfachsten anbietenden Flügel herauszugreifen.

*HK:* Wie würden Sie selbst mit diesen Desideraten im Hintergrund den konkreten Ertrag von Augsburg, seine Stärken und Schwächen in der Perspektive einer längerfristigen Zusammenarbeit einschätzen?

*Beckel:* Den konkreten Ertrag sehe ich in dem durchgeführten Plan, einmal über mehrere Jahre hinweg von evangelischer und katholischer repräsentativer Seite an einem Projekt zusammenzuarbeiten. Die Vorbereitungen zu Augsburg haben ja fast drei Jahre gedauert. Die gemischte Kommission hat sich später in sechs Arbeitsgruppen aufgegliedert, und daran sind mehrere hundert Menschen beteiligt gewesen, die zum ersten Male in einem ständigen Gesprächsprozeß mit Vertretern der anderen Kirche gestanden haben und dabei nicht nur Grundsatzörterungen pflegten, sondern ein konkretes Projekt vorbereitet und durchgeführt haben. Einen weiteren Ertrag sehe ich darin, und dieser könnte leicht wieder untergehen, daß in Augsburg in der Beteiligung deutlich geworden ist, daß es in beiden Kirchen eine große Menge vor allem junger Menschen gibt, die in der ökumenischen Zusammenarbeit eine praktische Aufgabe für ihre je eigene Kirche sehen. Wir können es uns wohl nicht leisten, Menschen, die sich für eine praktische Aufgabe zu engagieren bereit sind, einfach links liegen zu lassen, wo wir in beiden Kirchen so sehr der aktiven Mitarbeit solcher Christen bedürfen, bei denen die Mitarbeit noch nicht zu einer nicht mehr reflektierten Gewohnheit geworden ist.

*HK:* Und die Schwächen?

*Beckel:* Die Schwäche von Augsburg bestand in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit. Es sind eigentlich kaum Probleme ausdiskutiert worden. Es sind Formulierungen als Abschlußergebnisse kaum irgendwo gründlich ausgearbeitet worden, dazu war einfach keine Zeit. Darum blieb Augsburg mit vielen Impulsen im Vorläufigen stecken, und darum muß Augsburg eine Fortsetzung mit anderen Mitteln finden.

*HK:* Welche anderen Mittel könnten Sie sich vorstellen?

*Beckel:* Die Erhebung und Systematisierung der ökumenischen Kreise haben wir bereits besprochen. Von regionalen Treffen ähnlichen Typs wurde auch schon gespro-

chen. Das Beispiel der lokalen und regionalen Christenräte haben Sie ins Gespräch gebracht. Es ist sicherlich auf die Dauer das nützlichste Instrument, um die ökumenische Fragestellung nicht zu vergessen und an ihr konkret zu arbeiten mit Menschen beider Seiten, die vor den gleichen praktischen Aufgaben in bestimmten Orten und auf bestimmten regionalen Ebenen stehen. Man möchte außerdem Zeichen des Willens zur Zusammenarbeit erwarten, große und bewußt von beiden Kirchen getragene ökumenische Gottesdienste und Aktionen, die die eigene Gesellschaft und die eigene Situation mindestens ebenso betreffen müssen wie die gemeinsame Sorge für die ganze Welt, die etwa in den beiden großen Werken Misereor und „Brot für die Welt“ und in der dort praktizierten Zusammenarbeit zum Ausdruck kommt.

*HK:* Mit dem Stichwort Gesellschaft führen Sie uns zu einem letzten Fragenkreis. Den Kirchen ist nach dem Konzil auf vielerlei Weise widerfahren, was Hans Maier gelegentlich die Umkehr der Antriebsrichtung genannt hat: ein Trend zur Introversion trotz aller emphatischen Weltbekenntnisse. An diesem Trend, so will uns scheinen, hat auch Augsburg partizipiert. Die Lust zur Appellation nach innen war größer als der Wille, sich gemeinsam auf den Weltendienst, genauer auf den Glaubensdienst in der Gesellschaft einzulassen. War dies nicht eine recht problematische Engführung?

*Beckel:* Man muß diesen Eindruck von der Erfahrung her unterstützen. Bei der Vorbereitung von Augsburg ist sehr genau Wert darauf gelegt worden, daß beide Antriebsrichtungen — die nach innen und nach außen — gleichgewichtig zum Ausdruck kamen. Wir haben drei Arbeitsgruppen mit mehr innerkirchlicher Thematik und drei Arbeitsgruppen mit mehr gesellschaftszugewandter Thematik gehabt. In Augsburg haben wir festgestellt, daß die Magnetwirkung der innerkirchlichen Themengruppen sehr viel größer war. Sie haben sehr viel mehr Menschen angezogen und stellten sehr viel größere Arbeitsgruppen dar. In den gesellschaftsbezogenen Arbeitsgruppen waren die Fachleute von beiden Seiten weithin unter sich. Allerdings wurde ein stärkeres Engagement der jungen Generation bei den gesellschaftsbezogenen Themen festgestellt. Es ist damit wohl die Situation beider Kirchen zum Ausdruck gekommen. Das unruhige innerkirchliche kritische Fragen nach Wahrheit, nach dem Wurzelboden des Glaubens der Kirche hat im Vordergrund gestanden. Die Aktivität in bezug auf gesellschaftsbezogene Fragen hat sich auf wenige Bereiche konzentriert, die im Grunde unumstritten sind. Augsburg ist in bezug auf die gesellschaftsbezogenen Fragen nicht weiter in Neuland vorgestoßen.

*HK:* War diese Schwäche nicht vermeidbar? Hätte der gemeinsame Veranstalter, der nicht die amtlich verfaßte Kirche, sondern das Laienelement und damit die primär der Gesellschaft, dem Weltdienst zugewandten Kräfte in den Kirchen repräsentiert, nicht von vornherein das Programm gesellschaftsbezogener gestalten müssen?

*Beckel:* Wir haben uns diese Frage oft gestellt. Wir haben zunächst auch einen Plan erörtert, gemeinsame Aufgaben der Christenheit in einem sehr viel breiteren Fächer in einem gemeinsamen Treffen zum Ausdruck kommen zu lassen. Wir sind später davon abgekommen, weil wir uns dem Einwand nicht aussetzen wollten, den so viel komplizierteren Fragen des kirchlichen Zueinanders auszuweichen, Fragen wie gemeinsamer Gottesdienst, gemein-

sames Glaubensverständnis, gemeinsame Formulierung von glaubensbezogenen Texten sind einfach so aktuell und so im Herzen der ökumenischen Arbeit angesiedelt, daß sie nach unserer Meinung nicht ausgeklammert werden durften. Wir haben also Gleichgewichtigkeit für beide Aspekte anzustreben versucht; über die Reaktion des Teilnehmerkreises habe ich schon berichtet.

*HK:* Vollzieht sich in dieser mehrheitlichen Option für Kirchen- und Glaubensfragen so etwas wie ein pietistischer Rückzug, wobei wir pietistisch unspezifisch auf beide großen Konfessionen beziehen möchten? Oder signalisierte Augsburg trotz eines ökumenisch motivierten ekklesiastischen und sakramentalistischen Grundzuges — Interkommunion war ein sehr häufiges Stichwort — eine Konzentration auf die wesentlichen Glaubensfragen (gemeinsame Kurzformeln, gemeinsames Glaubensbuch), wenn man will auch auf die Sinnfrage als Ausdruck konkreter Glaubens- und Existenznot? Wäre dann nicht gerade von dort her ein neuer Impuls für ein gesellschaftliches Engagement denkbar, das sich wieder stärker als Glaubensengagement und weniger als ideologischer Gleichklang mit Zeitströmungen oder als bloß konkurrierende Veranstaltung von Christen und Kirchenvertretern mit anderen gesellschaftlichen Gruppen versteht? Wie sieht unter diesem Gesichtspunkt die Bilanz nach einem Jahr aus?

*Beckel:* Ich glaube nicht, daß man eine pietistische Innerlichkeit zur Erklärung des Phänomens von Augsburg herbeiziehen kann. Glaubensunsicherheit, Infragestellung bisheriger Glaubensverständnisses ist sicher zum Ausdruck gekommen, aber doch auch wohl das entschlossene Drängen, gegenwärtig sich stellenden Fragen des Kirchenverständnisses nicht auszuweichen. Diese Konzentration auf den innerkirchlichen Entwicklungsprozeß ist, meine ich, auch als Reformwille an der eigenen Kirche und in bezug auf das Verhältnis zwischen den Kirchen zu deuten. Wie weit sich daraus ein neues glaubensorientiertes Engagement für die Gesellschaft entwickelt, ist nicht vorauszusagen. Ich habe den Eindruck, daß die Kirchen in einzelnen Stadien ihrer Entwicklung immer schlecht beraten waren, wenn sie versuchten theologische Fragen „zuvor“ zu klären, um dann zum Handeln zu kommen. Handeln und Reflexion der Grundlagen muß wohl immer miteinander einhergehen und sich gegenseitig befruchten. Man kann aus gesellschaftlicher Aktivität auch Rückwirkungen auf das eigene Glaubensverständnis erwarten, ebenso wie eine Konzentration auf die Substanz des Glaubens wieder neue gesellschaftliche Aktivität auslösen kann. Man wird beide Aspekte nebeneinander entwickeln müssen.

*HK:* Wo sehen Sie die konkreten Ansatzpunkte gerade im Blick auf den Weltdienst der Christen?

*Beckel:* Vor allem am Ort. Es gibt noch eine Fülle praktischer Möglichkeiten der Zusammenarbeit innergesellschaftlicher Art, die sehr konkret und sehr den Christen aufgegeben sind: die Sorge für die alten Menschen, die Sorge für die kranken Menschen, die Sorge für die Erziehung der jungen Menschen von den Kindergärten bis zu den Hochschulen. Da kann noch in viel höherem Maße gemeinsam gearbeitet werden als bisher. Der Einfluß auf die lokale und auch auf die große Politik kann im Engagement der Christen beider Konfessionen wesentlich gestärkt werden. Jedoch wird man auch bei den grundsätzlich zu klärenden politischen Fragen im weitesten Sinne des Wortes immer konkrete Ergebnisse und Pro-

jekte anzielen müssen. Wir unterscheiden uns, wenn ich recht sehe, zwischen evangelischen und katholischen engagierten Christen in der Politik immer noch weitgehend in der Argumentationsweise und sind uns in den praktischen Ergebnissen in der Regel einig. Wir werden also leicht Schiffbruch erleiden, wenn wir Grundsatzserklärungen gemeinsam versuchen. Wir werden aber zu praktischen Ergebnissen kommen, wenn wir diese anzielen und nach der Gemeinsamkeit der Ergebnisse mehr als nach der Gemeinsamkeit in der Denkweise und in der Motivierung fragen.

*HK:* Kann diese Sicht — Schwierigkeiten bei Grundsatzserklärungen, Übereinstimmung in der Praxis — nicht auch täuschen? Denken Sie beispielsweise an die unterschiedliche Beurteilung politischer, teilweise auch ethischer Fragen! Die Auseinandersetzung um die Ostverträge hat diese Unterschiede wieder einmal deutlich markiert. Der § 218 machte für den ethischen Bereich dies ebenfalls deutlich.

*Beckel:* Hier wird ein zusätzliches Problem zur Sprache gebracht, das sicher besteht, wenn es sich auch zur Zeit mehr abschleift als zuspitzt. Ich meine das Problem der verschiedenen parteipolitischen Aktivität, die auf der evangelischen Seite zwischen den beiden großen Parteien in der Bundesrepublik verteilt ist, während die katholischen Christen sich mehrheitlich bei *einer* politischen Partei orientieren, soweit sie politisch mehr tun, als nur zu wählen. Wenn man dieses zusätzliche Problem nicht auch ausdrücklich in den Blick nimmt, kann man das grundsätzliche Problem gemeinsamer Stellungnahmen zu politischen aktuellen Fragen leicht zudecken. Ihre Beispiele scheinen mir von dieser zusätzlichen Schwierigkeit belastet zu sein, die nicht mit dem gegenseitigen Verständnis und der Gemeinsamkeit der Auffassungen zwischen den Kirchen allein zusammenhängt.

*HK:* Diese Schwierigkeiten mögen sich, wie Sie sagen, langfristig abschleifen. Es gibt aber noch ein anderes Problem, von dem beide Kirchen betroffen sind. Wir meinen die auch bei ökumenisch engagierten, vor allem jungen Christen feststellbare Neigung, Weltdienst vornehmlich als Sozialkritik zu verstehen und bei der Auswahl gesellschaftlicher Themen äußerst selektiv zu verfahren. Im zweiten Punkt scheinen übrigens ehrwürdige katholische Institutionen und junge Kritiker fast gleichzuziehen. Man nimmt sich der Standardprobleme, der Gastarbeiterfrage, der Entwicklungshilfe, der Resozialisierung von Strafgefangenen an. Dies sind alles große und gewichtige Themen. Aber kommt manchmal nicht der Weltdienst als Dienst an der konkreten sozialen Umwelt zu kurz? Wo gibt es beispielsweise Beiträge der Kirchen oder in den Kirchen zur Durchleuchtung der sozialen Lebensgesetze und Fehlhaltungen unserer verstädterten Gesellschaften. Müssen nicht erst wieder solidere Voraussetzungen gesellschaftsbezogenen Denkens geschaffen werden, um zu einer konkreten Praxis zu kommen?

*Beckel:* Die gesellschaftlichen Fragen sind, wenn man sie insgesamt betrachtet, so sehr in Einzelfragen für Spezialinteressen ausgefächert, daß es schwer sein wird, ein geschlossenes Engagement der beiden Kirchen auf bestimmte Fragen zu konzentrieren. Da wird es voraussichtlich immer bei den beispielhaft von Ihnen genannten ganz großen Fragen bleiben. Die Fragen der detaillierteren Einflußnahme auf die praktischen Verhältnisse in unserer Gesellschaft werden immer dem Engagement von speziell

interessierten einzelnen mündigen Christen überlassen bleiben müssen. Das führt zu der Schwierigkeit, daß Gesamtaussagen der je einzelnen Kirche und der Kirchen zusammen nur schwer formulierbar sind. Dadurch entsteht dann der mißverständliche Eindruck, die Kirche kümmerge sich nur um wenige Fragen. In Wirklichkeit ist die Tätigkeit mündiger Christen in der Gesellschaft auch Aktivität der Kirchen auf beiden Seiten. Es gibt sicher viel zu wenig Menschen, die sich neben Beruf und Familie auf Politik konzentrieren, aber ihre Aktivität ist auch Aktivität der Kirche.

HK: Eine letzte, aber wie wir hoffen, nicht nebensächliche Frage. Wenn wir in Deutschland von Ökumene, von zwischenkirchlicher Zusammenarbeit sprechen, denken wir vornehmlich an die beiden großen Konfessionen. Es gibt aber daneben die Altkatholiken, die freikirchlichen Gemeinschaften, die Orthodoxen sind mit fast einer halben

Million Gastarbeitern vertreten. Auch in Augsburg machte eine angemessene Beteiligung dieser Gruppen einige Schwierigkeiten. Hat Augsburg etwas beigetragen, auch die Angehörigen der kleineren kirchlichen Gemeinschaften stärker an der zwischenkirchlichen Zusammenarbeit zu beteiligen?

Beckel: Altkatholiken und freikirchliche Gemeinschaften waren in Augsburg mit dabei. In der Beteiligungsform haben wir uns an frühere evangelische Kirchentage gehalten. Dieser Bereich war übrigens in der Vorbereitungskommission personell berücksichtigt. Die Orthodoxen waren im Gottesdienstangebot des Ökumenischen Pfingsttreffens ebenfalls berücksichtigt. Ihre Sprecher waren auch in der Arbeitsgruppe „Gastarbeiter“ bei der Vorbereitung engagiert. — Ich glaube, Augsburg hat die Bedeutung der weiten ökumenischen Öffnung für viele deutlicher gemacht.

## Zeitbericht

# Religiöses Gewissen und atheistische Staatsmacht

## Die Unruhe in der katholischen Kirche Litauens

*Seit mehr als einem Jahrzehnt werden die kirchlichen Gemeinschaften in der Sowjetunion von inneren Auseinandersetzungen und Spannungen bewegt, die nicht wie in den westlichen Kirchen ausgehen von Säkularisation, Autoritätsverlust der Hierarchie und Desinteresse der Gesellschaft, sondern die bedingt sind von der unveränderten Zielvorstellung des Sowjetregimes, eines Tages die „religiösen Überreste“ endgültig zu beseitigen. Protest und Unruhe in den Kirchen der Sowjetunion wenden sich in erster Linie gegen die rigorosen Einschränkungen der kirchlichen Bewegungsfreiheit, die den Religionsgemeinschaften zwar erlaubt, eine Fassade kirchlicher Existenz zur Schau zu stellen, das Gemeindeleben an der Basis jedoch zu untergrundähnlichen Lebensformen zwingt. Der Widerstreit hat sich darüber hinaus auch gegen die eigenen Kirchenleitungen gewandt, die keine Möglichkeit sahen, dem zunehmenden Druck Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre entgegenzutreten und den erneuten Angriff von Staat und Partei abzuwehren (vgl. den Brief von Sol-schenizyn an Patriarch Pimen, HK, Mai 1972, S. 233 ff.). Bisher haben die oppositionellen Bewegungen innerhalb der russisch-orthodoxen Kirche (vgl. HK, August 1971, 344 ff.) und bei den Evangeliumschristen-Baptisten (vgl. HK, August 1970, 370 ff.) ganz im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit westlicher Beobachter gestanden, weil über sie in einer großen Zahl von Samizdat-Dokumenten Nachrichten aus der Sowjetunion herausgelangt sind. Seit etwa 1969 ist jedoch in der katholischen Kirche Litauens ein neues Zentrum kirchlicher Unruhe sichtbar geworden, das in den letzten zwei Jahren ständig an Umfang und Intensität zugenommen hat. Doch erst die Maiunruhen 1972, unmittelbar ausgelöst durch die Selbstverbrennung des 20jährigen Katholiken R. Kalanta, zu deren Niederschlagung auch Armee-Einheiten eingesetzt wurden, hat die internationale Öffentlichkeit auf einen lange schwelenden Konflikt aufmerksam gemacht.*

Die Protestbewegung in der litauischen Kirche hat, das sei hier vorausgeschickt, ein starkes konfessionelles und politisches Eigengewicht. Sie ist neben dem kirchlichen auch von einem nationalen antirussischen Element mitbestimmt. Das erklärt einerseits das starke Echo aus weiten Kreisen der Bevölkerung, auf der anderen Seite aber auch die besondere Beunruhigung der sowjetischen Behörden. Symptomatisch erscheint ein Passus aus der Verteidigungsrede des Priesters A. Šeškevičius, der vor dem Gericht in Molėtai im Juli 1970 erklärte, die ihm auf russisch verlesene „Instruktion über die Anwendung der Kulturgesetzgebung“ vom 16. März 1961 habe in seinem Falle keine Rechtskraft, da sie nicht vom Obersten Sowjet Litauens verabschiedet worden sei<sup>1</sup>.

Besonderes Gewicht gewinnt die Protestbewegung in der katholischen Kirche Litauens dadurch, daß hier offenbar keine tiefe Kluft zur Hierarchie aufgerissen worden ist wie innerhalb der russisch-orthodoxen Kirche und bei den Baptisten; in dieser protestantischen Gemeinschaft ist es sogar zu einer Spaltung gekommen. Die Bischöfe haben sich zwar bisher nicht mit den aufbegehrenden Priestern und Laien solidarisiert, aber diese haben — soweit wir wissen — keine schwerwiegenden Vorwürfe gegen die Hierarchie erhoben, wie es für die unabhängigen Gruppen in der orthodoxen Kirche charakteristisch ist. Der Widerstand gegen die Einengung des Lebensraumes bietet deshalb in der litauischen Kirche ein Bild relativer Geschlossenheit. Gerade deshalb müssen weitere Zwangsmaßnahmen der Sowjetmacht befürchtet werden.

Die katholische Kirche ist in Litauen nicht in gleicher Weise mit dem nationalen Selbstbewußtsein identisch wie in Polen. Sie ist aber doch seit Beginn des 20. Jahrhunderts zu einem Träger der nationalen Selbstbesinnung sowohl im antipolnischen als auch im antirussischen Sinn geworden. Für das Sowjetregime ist der litauische Katholizismus